

**Rede
der Fraktionssprecherin für Haushalt und Finanzen**

Frauke Heiligenstadt, MdL

zu TOP Nr. 2

Regierungserklärung

**Regierungserklärung des Finanzministers zum
Thema „Aktuelle Entwicklungen bei der
NORD/LB“**

Unterrichtung - Drs. 18/2732

während der Plenarsitzung vom 05.02.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten intensiv mit der Nord/LB befasst.

Und ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass sicherlich vielen der Beschäftigten bei der Nord/LB, vielen, die sich mit dem Prozess befasst hatten und auch vielen Abgeordneten der SPD-Fraktion quasi ein Stein vom Herzen gefallen ist, dass das Kabinett am Freitag eine gute Richtungsentscheidung getroffen hat.

Monate quälender Berichte in den Medien über die Situation der Nord/LB, mit zum Teil wilden Spekulationen über ihren Zustand und über Lösungsalternativen, sind nun erst einmal beendet. Dabei ist zuweilen auch ein falscher Eindruck über die Nord/LB entstanden.

Lassen Sie mich daher trotz zum Teil anderslautender Aussagen sagen: Die Nord/LB ist eine ordentliche Bank.

Die Nord/LB ist in vielen Bereich führend in Deutschland. So ist die Bank z. B. größter Agrarfinanzierer Deutschlands, die beste Bank bei dem Thema Finanzierung im Bereich regenerativer Energien. Sie ist aber auch eine der größten Banken im Bereich der Unternehmensfinanzierungen, insbesondere im Bereich des Mittelstandes. Und insbesondere in Norddeutschland. Sie hat mehr als 6.000 Beschäftigte, die jeden Tag gute, qualitätsvolle Arbeit erbringen.

Die Probleme, die die Bank zurzeit hat, sind in erster Linie auf eine zu geringe Eigenkapitalausstattung der Bank zurückzuführen, und auf die in den Jahren zwischen 2004 und 2009 eingegangenen Schiffskredite.

Die Art und die Anzahl dieser so genannten Schiffskredite hat ein Klumpenrisiko manifestiert, das sich durch die Entwicklung in der Schiffsbranche massiv auf die Eigenkapitalausstattung der Bank ausgewirkt hat und auch immer noch auswirkt.

Lassen Sie mich daher an dieser Stelle den Beschäftigten der Bank für ihre gute Arbeit, aber auch für ihre Geduld insbesondere in den letzten Wochen und

Monaten des Bieterverfahrens danken. Es war sicherlich eine schwierige Situation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn sie jeden Tag fast neue Schlagzeilen über ihr Institut lesen mussten.

Anrede,

es ist gut, dass mit der Entscheidung des Kabinetts vom Freitag und der Entscheidung des Aufsichtsrats am Samstag auch für die Beschäftigten die Richtung klar ist, auch wenn noch viele Details zu besprechen sind.

Anrede,

es bleibt aber dennoch die Feststellung, dass die Altlast der Schiffskredite derzeit die Stabilität des Gesamtgebildes Nord/LB infrage stellt. Diese Altlasten drücken umso mehr, als dass erhöhte Eigenkapitalanforderungen der Bankenaufsicht infolge der Bankenkrise ebenfalls hinzugekommen sind. Es ist also auch bereits im letzten Jahr klar gewesen: Es besteht unabweisbar Handlungsbedarf.

Anrede,

die Frage, wie sich auf dieser Grundlage die Nord/LB weiterentwickeln kann, und auch, in welche Richtung sie sich weiterentwickeln sollte, war Gegenstand schwieriger Verhandlungen, die übrigens auch in einem schwierigen Umfeld für die Finanzwirtschaft ganz allgemein in den letzten Monaten stattgefunden haben.

Und ich möchte an dieser Stelle dem Finanzminister Hilbers und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Dank aussprechen. Sie haben in den letzten Monaten einen großen Teil ihrer Zeit mit diesen schwierigen Verhandlungen zugebracht und sie sind sehr sorgsam, sehr umsichtig und mit der notwendigen Offenheit für alle Lösungswege damit umgegangen.

Ich sage aber auch „Danke“ dem Ministerpräsidenten Stephan Weil, dem es ein wichtiges Anliegen war, eine gute Lösung für das Land, für die Bank und die Beschäftigten, aber auch für den Finanzstandort Niedersachsen zu finden.

Anrede,

alle kennen das Ergebnis des Bieterverfahrens.

Es liegen bzw. lagen zum Ende des Bieterverfahrens zwei Angebote auf dem Tisch. Einige diskutieren ja sogar drei Möglichkeiten für die Nord/LB und bezeichnen die „Abwicklung“ der Bank auch als eine zusätzliche Lösungsmöglichkeit. Dazu komme ich aber später noch.

Das Kabinett hat sich für das Angebot des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes entschieden. Dieses Angebot erscheint in vielerlei Hinsicht vorzugswürdiger.

Zunächst möchte ich deutlich machen, dass das Sparkassenlager mit seinem Engagement ein hohes Verantwortungsbewusstsein bewiesen hat, und dass wir uns auch besonders ausdrücklich bei Herrn Präsidenten Schleweis für sein Engagement in diesen letzten Tagen und Wochen bedanken können.

Wenn wir uns nun diese Richtungsentscheidung anschauen, wird es nachhaltige und auch gravierende Veränderungen bei der Nord /LB geben. Das ist ziemlich sicher.

Die Nord/LB soll wesentlich kleiner werden. Und sie soll sich wesentlich mehr auf regionale Fragen und regionale Geschäfte konzentrieren. Sie soll aber auch robuster werden nach den vorliegenden Planungen, sowohl was das Kapital angeht als auch was Renditeerwartung angeht.

Anrede,

dieser Weg ist dennoch der richtige Weg. Ich will das auch gern begründen. Die Landesinteressen sind mit dieser Entscheidung in mehrfacher Hinsicht gewahrt.

Zum Ersten erhalten wir eine Landesbank als Instrument zur Finanzierung des Mittelstands in Norddeutschland.

Zum Zweiten ist es bei allen zwangsläufigen Abstrichen für die Arbeitsplätze unter den gegebenen Bedingungen mit Sicherheit die deutlich beste Lösung und damit auch eine richtige Lösung für einen großen Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zum Dritten ist es auch eine Lösung, die sich finanziell für das Land Niedersachsen darstellen lässt.

Viertens ist es eine Lösung, die sich auch für das Land als vermögenserhaltend realisieren lassen kann.

Anrede,

wir sind mit dieser Richtungsentscheidung noch lange nicht am Ende des Gesamtprozesses. Viele weitere Gespräche wird es geben müssen. Viele weitere Entscheidungen wird auch dieses Haus und der zuständige Fachausschuss treffen müssen. Es müssen weitere Gespräche mit der Bankenaufsicht und der europäischen Wettbewerbskommission geführt werden. Mit der Richtungsentscheidung haben wir jetzt aber einen Weg, an dem die Landesregierung gemeinsam mit den in Aussicht genommenen Partnern intensiv weiterarbeiten kann.

Anrede,

diese Richtungsentscheidung hat uns ein ganzes Stück näher gebracht zu der Aufgabe, ein solides Fundament für die Nord/LB zu finden und zu entwickeln und sie auf neue Beine zu stellen. Damit hat der öffentlich-rechtliche Bankensektor bewiesen, dass er in der Lage ist, kraftvoll zu agieren und entsprechende Entscheidungen zu treffen.

Anrede,

die SPD-Fraktion hofft nun, dass der Finanzminister mit der Bankenaufsicht und der EU-Kommission zügig eine Lösung finden wird, die mit dem Beihilferecht vereinbar ist und die auch aus bankenaufsichtsrechtlichen Gründen tragfähig ist.

Anrede,

für uns ist politisch wichtig, eine Lösung gefunden zu haben, die erstens wirtschaftlich gut ist, die zweitens den fiskalischen Interessen des Landes Niedersachsen gerecht wird und die drittens eine gute Zukunft, also ein tragfähiges und nachhaltiges Modell darstellt. Es ist wichtig, dass die zukünftige Lösung dafür Sorge trägt, dass wir nicht in Kürze oder in absehbarer Zeit wieder in eine solche Situation kommen, bei der wir erneut über die Zukunft der Bank reden müssten.

Anrede,

natürlich muss auch die Konsolidierung der Bank weiter vorangebracht werden.

Anrede,

es ist kein Geheimnis, dass die SPD-Fraktion schon von Anfang an eine Lösung über eine Konsolidierung im öffentlichen Sektor favorisiert hat.

Mit dieser Lösung kann vielleicht sogar auch ein Beitrag zur Strukturierung und zur Neuorientierung bei der Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors geleistet werden, auch wenn das vielleicht noch etwas Zukunftsmusik ist.

Wenn wir bei der Nord/LB den Raum für „Private Equities“ geöffnet hätten, würde zumindest dieser Weg der Restrukturierung eines öffentlichen Sektors für Niedersachsen auf die Zukunft ausgeschlossen sein.

Anrede,

das Investment des Landes muss sich natürlich auch lohnen. Es geht schließlich um die Sicherung von Landesvermögen.

Die Nord/LB ist ein ganz wesentlicher Bestandteil des Landesvermögens, das zu schützen ist.

Der Finanzminister hat dargestellt, dass er plant, diese Lösungen im Rahmen des Beteiligungsmanagements darzustellen. Das heißt, dass für die Kapitalisierung von 1,5 Milliarden Euro kein Steuergeld in die Hand genommen werden soll, sondern dass die Finanzierung im Rahmen des Beteiligungsmanagements über eine Beteiligungsgesellschaft geregelt werden soll. Diese Beteiligungsgesellschaft soll dann über Dividendenzahlungen, also über Einnahmen, sicherstellen, dass sich dieses Modell insgesamt trägt und nicht zu einer dauerhaften Belastung des Landeshaushalts führen wird. Die Finanzierungskosten sollen also durch Dividenden und weitere Einnahmen gedeckt werden. Wir werden im demnächst anstehenden Beratungsprozess hier im Haus sicherlich diesen Aspekt unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten weiter diskutieren.

Gleichzeitig soll die Bank neu aufgestellt werden. Sie soll in wesentlichen Geschäftsbereichen verkleinert werden. Die Bilanzsumme soll sich fast halbieren. Außerdem soll eine seriöse Kernkapitalquote von ca. 14 Prozent ausgewiesen werden. Außerdem wird es eine umfangreiche Aufgabe sein, die Geschäftsfelder neu zu strukturieren.

Das alles wird die Bank und die Beteiligten sicherlich noch viele Monate beschäftigen. Zunächst aber sind erst einmal die weiteren Punkte gemeinsam mit dem DSGV in einem Eckpunktepapier zu erarbeiten. Außerdem muss gemeinsam mit dem DSGV ein Businessplan erarbeitet werden. In diesem Plan werden dann die Geschäftsfelder neu abzustecken sein. Diese Vereinbarung wird dann die Grundlage sein, wie und in welchem Umfang zukünftig das Geschäft der Bank betrieben werden soll.

In jedem Fall ist für uns klar: Es darf nicht noch einmal zu einer ähnlichen Situation für die Bank wie momentan kommen. Die SPD Fraktion ist jedoch zuversichtlich, dass mit dem nun eingeschlagenen Weg und den neuen Partnern beim DSGV dieser Weg gut gemeistert werden kann.

Das Modell muss natürlich noch bei der EU vorgestellt werden und es muss deutlich gemacht werden, dass es gelingt, dieses Vorgehen beihilfekonform durchführen zu können. Der Finanzminister kann auch hierbei sowohl bei der Aufsicht wie auch in Brüssel an seine Gespräche anknüpfen, die er in den letzten Monaten geführt hat, denn nicht nur die Bankenaufsicht, sondern auch die EU-Wettbewerbskommission waren im Prozess immer mit eingebunden.

Anrede,

es geht um die Stärkung der Nord/LB, aber es geht auch um die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors.

Durch die nun vom Kabinett vorgesehene Beteiligung über den DSGV kann es gelingen, in einem fairen Interessenausgleich sowohl die Interessen des Landes Niedersachsen wie auch die Interessen der anderen Träger der Nord/LB gut auszugleichen und gleichzeitig noch zu einer Stärkung der öffentlich-rechtlichen Sektors beizutragen.

Anrede

warum betone ich das so?

Schauen wir uns die Entwicklung der letzten 10 bis zwölf Jahren im Bankenbereich an! Wem hatten wir denn die Finanzkrise zu verdanken? Waren das die öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen oder gar die Genossenschaftsbanken aus Deutschland? Es waren doch Lehmann Brothers und andere US-Banken, die die Welt der Finanzen zum Wanken gebracht haben. Und wer hat in diesen Zeiten für Stabilität und Seriosität, für Zuverlässigkeit und Sicherheit gesorgt? Die Banken in Deutschland mit ihrem Sicherungssystem und allen wichtigen Mechanismen, die dazu beigetragen haben, dass das Schlimmste für deutsche Bankkunden verhindert werden konnte.

Deshalb haben wir auch Vertrauen in Lösungswege, die gemeinsam mit dem öffentlich-rechtlichen Sparkassen- und Giroverbänden gegangen werden könnten.

Wir können jedenfalls feststellen, dass wir mit diesem System gut durch die Kapitalmarktkrisen gekommen sind. Und daher ist es nur folgerichtig, auch dieses System jetzt zu stärken. Außerdem benötigen auch die Sparkassen Niedersachsens einen starken Partner, z. B. für ihr Konsortialgeschäft, für weitere Aktivitäten, wie z. B. das Auslandsgeschäft. Auch aus diesem Grund ist es gut, wenn die Nord/LB in der Sparkassen-Familie bleibt.

Was fordert nun die Opposition?

Da sind die einen, die am liebsten alles privatisieren wollen und die es ohnehin am liebsten sähen, wenn die Nord/LB ganz ohne Landesbeteiligung dastünde. Die FDP denkt und handelt nun mal immer nach dem Motto: „Privat vor Staat“. Und überhaupt ist ja nach Ihrer Ansicht privat angeblich immer besser. Dieser Auffassung können wir uns auch nach dem durchgeführten Bieterverfahren nicht anschließen.

Aber, wie ich soeben ausgeführt habe: Die Finanz- und Bankenkrise hat uns doch in dem letzten Jahrzehnt deutlich vor Augen geführt, dass es eben nicht Privatgeld ist, was uns rettet.

Deutschland ist aufgrund seines Drei-Säulen-Systems aus privaten Banken, dem Sparkassenwesen und den Genossenschaftsbanken stark. Wir haben eine Gesamtstabilität, nach der sich andere Länder sehnen. Und es sind die Hedgefonds und die Private-Equity-Fonds, die vor allen Dingen ein Interesse an einer höchstmöglichen Rendite haben – häufig auf Kosten des Personals oder anderer sozialer Belange. Und eben das kann ich für die Sozialdemokratie deutlich ausschließen.

Wir sagen ganz deutlich: Wenn es mit dem Sparkassen- und Giroverband eine Lösung gibt, dann ist die uns allemal lieber als eine Lösung, die private Investoren in das bisher öffentlich getragene System der Nord/LB hineinlässt.

Wir verlieren eben nicht die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Nord/LB und auch nicht die Interessen der Kommunen insbesondere im

Braunschweiger Raum, aber auch bei den Sparkassen Niedersachsens, aus den Augen. Es geht uns um eine starke Bankenlandschaft.

Und das Lager der Opposition ist noch heterogener. Es gibt natürlich auch noch diejenigen, die fordern, dass es nur eine Lösung völlig ohne Risiko geben muss. Außerdem kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Opposition bzw. die Grünen lieber mit der Suche nach Schuldigen beschäftigen als mit zukunftsfähigen Lösungen. Und die auch – und das sogar öffentlich – über eine „Abwicklung der Bank“ philosophieren oder gar spekulieren, oder zumindest Spekulationen über eine Abwicklung durch Pressestatements Nahrung geben.

Ich kann ja verstehen, dass Sie sich noch keine eigene Meinung gebildet haben, ob Sie nun den Kurs mitgehen wollen oder nicht. Und wir werden ja auch in den nächsten Wochen die Staatsverträge und weitere Gesetzesänderungen sowie weitere Schritte hier in diesem Haus diskutieren.

Ich frage mich allerdings, ob diejenigen, die von einer Abwicklung der Bank als Alternative sprechen, auch nur ein einziges Mal mit den Betroffenen geredet haben? Haben Sie den Beschäftigten dabei ins Gesicht geschaut, als sie diese Gedanken geäußert haben?

Anrede,

bei allem Verständnis für eine kontroverse Diskussion und die Aufgabe, die eine Opposition hat: Auch eine Opposition muss einmal Verantwortung für Entscheidungen von diesem Ausmaß in diesem Land übernehmen. Da gilt es eben mal nicht, wer die beste Kritik üben kann, sondern da geht es darum, die besten Lösungen zu finden für unser Land, für die Beschäftigten, für das Vermögen des Landes und für die Sparkassenlandschaft und den niedersächsischen Mittelstand. Es geht um Zukunftsbranchen und um Finanzinfrastruktur. Es geht um die Geschäftsfelder für erneuerbare Energien und die Agrarwirtschaft. Ganze Branchen Niedersachsens sind eng mit diesem Institut verwoben. Da ist es einfach fahrlässig, überhaupt über eine solche Frage wie die Abwicklung nachzudenken.

Eine gute Opposition würde über ihren Schatten springen und Verantwortung mittragen, auch wenn sie nicht in allen Punkten vielleicht mit der Regierung übereinstimmt.

Anrede,

natürlich wird es in den nächsten Monaten ein hartes Ringen um jeden Arbeitsplatz, um jedes Geschäftsfeld und um jeden Standort der Nord/LB gehen. Und es wird keine leichte Situation für die Beschäftigten, denn auch die Lösung mit dem Sparkassenverband erfordert gravierende Umstrukturierungen und Beschäftigungsabbau. Aber wir lassen bei der Lösung mit dem Sparkassen- und Giroverband die Erträge bei der öffentlichen Hand. Und das ist für uns entscheidend.

Aber ungeachtet all dieser Tatsachen geht es auch um die Leistungsfähigkeit der Sparkassenlandschaft in unserem Land. Und die Wirtschaftlichkeit der Angebote ist ja auch zu betrachten. Wenn das Land ca. 3 Milliarden Euro an Sicherheiten und Landesgeld bieten muss, um eine halbe Milliarde Euro an privaten Kapital über Private Equity zu generieren, ist das eben keine wirtschaftliche Lösung. Wenn wir aber unsere Beteiligung mit einer entsprechenden Rendite sichern können, dann kann man von einem wirtschaftlichen Angebot sprechen, ohne dass es zu größeren Verwerfungen kommen muss.

Daher fasse ich zusammen: Ich bin wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen der Fraktion froh, dass die Landesregierung mit dem DSGV und dem Aufsichtsrat der Nord/LB eine gute Richtungsentscheidung getroffen hat. In diesem Sinne wollen wir die Entscheidung auch weiterhin begleiten.